

Nicht stichhaltig, dafür dauerhaft : die Beschwerdegegner und ihre "Argumente"

Autor(en): **Rodewald, Raimund**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **98 (2003)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-176032>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die Beschwerdegegner und ihre «Argumente»

Nicht stichhaltig, dafür dauerhaft

Raimund Rodewald,
Dr. phil. Biol., Geschäftsleiter
Stiftung Landschaftsschutz
Schweiz, Bern

Die im Dezember 2002 publizierte GfS-Bevölkerungsbefragung zum Stimmungsbarometer legte offen, dass die Schweizer Bevölkerung die Umweltsituation als das künftig grösste Problem noch vor der Arbeitslosigkeit und dem Gesundheitswesen einstuft. Nun wollen Nationalrat Jakob Freund und 53 rechtsbürgerliche Mitunterzeichnende eines der wichtigsten Instrumente des Umweltschutzes streichen. Dies würde kurzum bedeuten, dass die Natur ihren Anwalt (die Umweltverbände) verliert und auf den Goodwill der Behörden und privaten Bauherren angewiesen wäre.

Die Umwelt müsste also vermehrt dem Druck von Wirtschafts- und Bauinteressen weichen, wie dies gerade im Fall Schumacher drohte. Die Folgen des Vorstosses von Freund wären ein ungehinderter Wildwuchs im Bauen und eine massive Zunahme von Privateinsprachen und Bürgerprotesten. Dies würde vom Ausland, wo die Umweltverbände nahezu überall ein Beschwerderecht kennen, mit Kopfschütteln aufgenommen werden.

Böse Folgen für unser Tourismusland

Die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechtes wäre für ein Land wie die Schweiz, das derart stark vom Tourismus und dem Image einer intakten schönen Landschaft lebt, auch wirtschaftlich gesehen katastrophal! Das Verbandsbeschwerderecht dient dazu, die Umweltverbände einzubinden und ihre Argumente, die rein ideeller Natur sind, ernst zu nehmen. Dort wo das Verbandsbeschwerderecht rechtlich zulässig ist, beispielsweise beim

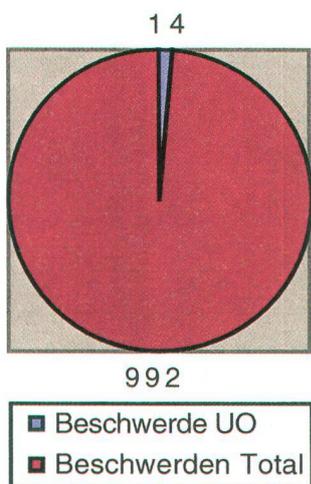
Wald und bei den Biotopen, kann man heute feststellen, dass der Vollzug insgesamt wirkungsvoll ist und die Erfolge auch sichtbar sind. So wurden dank Bundesgerichtsentscheiden aufgrund von Verbandsbeschwerden wertvolle Verbesserungen in der Vollzugspraxis erzielt. Die parlamentarische Initiative Freund nimmt in ihrer Argumentation Behauptungen auf, die bereits seit 1990 regelmässig aufgetischt und von der Ratsmehrheit verworfen wurden: Beispiel: «Immer wieder werden Bauvorhaben durch Verbandsbeschwerden auf Jahre hinausgezögert, blockiert oder gar verunmöglicht.» Richtig ist, dass Bauvorhaben, die aus umweltrechtlicher Sicht problemlos sind, auch keineswegs Objekte von Einsprachen und Umweltbeschwerden werden. Handelt es sich aber um grossflächige Pistenplanierungen, grössere Rodungen für Golfplätze oder um Einkaufszentren auf der grünen Wiese in der Peripherie, so ist es richtig, dass die Umweltverbände dafür sorgen, dass den Umwelt-, Natur- und Heimatschutzgesetzen Rechnung getragen wird.

Unsinnige Debatte wiederholen?

Freund begründet seinen Vorstoss mit den Einsprachen der Umweltverbände gegen die Einzonung Guggenbühel in Wolfhalden für den Autorennfahrer Michael Schumacher. Besonders dieser Fall zeigte eindrücklich, wie schnell die Behörden unter Druck geraten, wenn grosse Steuerinteressen im Spiel sind: Freund widerspricht sich selber, wenn er die Umweltverbände verteufelt, dann aber in seiner Begründung darauf hinweist, dass die Aufsichtspflicht des Bundesamtes für Raument-

Das Umzonungsprojekt
Guggenbühel in Wolfhalden
AR (siehe Beitrag Seite 8)
sah eine Inselbauzone in
einem kantonalen Land-
schaftsschutzgebiet vor
(Bild SL)

*Le Projet de modification
de zone au Guggenbühel à
Wolfhalden AR (voir article
à la page 11) prévoyait une
zone à bâtir isolée dans un
site cantonal de protection
du paysage (photo FP)*



wicklung (ARE) genügen würde. Gerade das ARE hatte ja ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Einzonung mit dem Bundesrecht niemals vereinbar wäre. Zudem gab es auch Privateinsprecher. Möchte also Freund neben dem Verbandsbeschwerderecht auch das Behörden- und Privatbeschwerderecht abschaffen?

Auch Ständerat Hans Hofmann (SVP/ZH) möchte das Verbandsbeschwerderecht im USG «präzisieren»: Seine parlamentarische Initiative – zeitgleich mit derjenigen von Nationalrat Freund eingereicht – ist im Wortlaut identisch mit seiner früheren Motion, die erst im Herbst 2001 im Nationalrat abgelehnt wurde! Der Vorstoss würde eine jahrelange unsinnige Parlamentsdebatte auslösen, wie wir sie bereits während der NHG-Revision 1992-1995 erleben mussten. Das Verbandsbeschwerderecht wurde im Jahr 2000 im Auftrag des Buwal einer eingehenden Prüfung durch die beiden Genfer Rechtsprofessoren Charles-Albert Morand und Thierry Tanquerel unterzogen. Ihr Ergebnis war eindeutig: Das Verbandsbeschwerderecht ist konstruktiv, erfolgreich und effizient. Der Anteil beim Bundesgericht und beim Bundesrat macht keine 2% aus, die Erfolgsquote liegt mit 63% aber um 350% höher als bei anderen Beschwerdeführern.

Massvoll und wirksam

Angesichts des nach wie vor hohen Druckes auf Umwelt, Natur und Landschaft (siehe Umweltbericht 2002 des BUWAL) ist das Beschwerderecht als massvolles, effizientes und erfolgreiches Instrument des Umweltschutzes unabdingbar. Unterstellungen der Gegnerschaft, man würde missbräuchlich vorgehen und womöglich gegen Bezahlung auf Einsprachen verzichten, entbehren jeglicher sachlicher Grundlage. Die vor dem Abschluss stehende Verhandlungscharta des Bundes sichert das Fairplay bei Verhandlungen, woran die Umweltverbände selber grösstes Interesse haben.

Ritual der Sturheit

1992

Motion Epiney: Einschränkung des Beschwerderechtes (aufgenommen in NHG-Revision).

1993-1995

Diverse Vorstösse im Rahmen der Neuformulierung des Beschwerderechtes in der NHG-Revision.

1997

• Parlamentarische Initiative Jürg Scherrer: Aufhebung des Verbandsbeschwerderechtes (abgelehnt 1998).

• Motion Hans Fehr: Abschaffung des Verbandsbeschwerderechtes im Bau- und Planungsbereich (abgelehnt im Juni 1999)

• Interpellation Epiney: Fragen zur Ausweitung des Beschwerderechtes.

• Interpellation Jakob Stucky: Greenpeace als privilegierte Beschwerdeführer.

• Postulat Epiney: Eurokompatibilität des Beschwerderechtes der Umweltverbände (1999 unbehandelt abgeschrieben).

1998

Volksinitiative der Freiheitspartei (Rückzug 1998).

1999

Parlamentarische Initiative Fehr (abgelehnt 2000).

2000

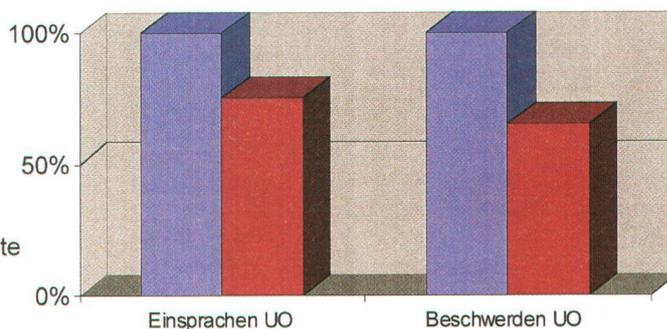
28.9. Motion Hofmann «Präzisierung der UVP und des Verbandsbeschwerderechtes» (abgelehnt im September 2001)

2002

• 19.6. Parlamentarische Initiative Hofmann «Präzisierung des Verbandsbeschwerderechtes» (identisch mit Motion vom 28.9.2000!)

• 21.6. Parlamentarische Initiative Freund

Mit einer Erfolgsquote von 63 % (SL sogar 76 %) übertrafen die Klagen der Umweltorganisationen diejenigen anderer Beschwerdeführer um 350 %, was mehr als viele Worte auf die hohe Rate rechtlich unstatthafter Behördenentscheide hinweist (Bild SL)
Avec 63% de recours acceptés (et pour la FP 76%), les associations de défense de l'environnement ont un taux de réussite 350% plus élevé que les autres recourants – ce qui en dit plus que de longs discours sur le taux élevé de décisions insuffisamment fondées prises par les autorités
 (photo FP)



Les opposants et leurs «arguments»

Non fondés et lassants

Raimund Rodewald, Dr ès biologie, directeur FP, Berne (résumé)

L'enquête effectuée en décembre 2002 par l'Institut de recherche GfS montrait que la population suisse plaçait les problèmes environnementaux au premier rang de ses préoccupations, avant le chômage et la santé. Pourtant, le Conseiller national Jakob Freund et 53 co-signataires qui représentent des partis bourgeois demandent l'abrogation d'un des instruments essentiels de la protection de l'environnement. Cette suppression signifierait la disparition de la fonction d'avocates de la nature qui est celle des associations environnementales et laisserait l'environnement à la merci de la bonne volonté des autorités et des entrepreneurs privés.

La suppression du droit de recours des associations environnementales serait catastrophique pour l'économie suisse dont le tourisme, secteur clé, mise sur de beaux paysages naturels. Concrètement, en effet, le droit de recours permet aux associations environnementales de s'assurer du respect des dispositions juridiques et d'améliorer les projets de construction ou d'aménagement, mais il ne tire en aucun cas les procédures en longueur. Les projets qui s'intègrent à la nature et au paysage sont réalisés sans aucun problème tandis que le droit de recours permet d'intervenir pour apporter des améliorations, redimensionner ou réétudier les projets qui portent atteinte à l'environnement. L'existence de ce droit a permis de sauver de nombreux sites naturels, notamment des forêts et des biotopes.

Le fabuleux site du Fondei, avec ses marais et ses alpages, a pu rester intact grâce au courage de plusieurs femmes qui ont organisé une résistance efficace sur place et grâce à l'utilisation du droit de recours des associations
(photo Pro Natura)

Das landschaftlich faszinierende Fondei mit seinen Alpen und Mooren blieb dank mutigen einheimischen Frauen und dem gezielten Einsatz des Beschwerderechts durch die Umweltorganisationen unangetastet
(Bild Pro Natura)



Du déjà vu!

Le Conseiller national J. Freund justifie l'initiative parlementaire qu'il vient de présenter contre le droit de recours des associations en invoquant l'échec du projet d'établissement du coureur automobile Michael Schumacher à Appenzell, échec dont il rend les associations environnementales responsables en ignorant superbement les nombreux autres recours de particuliers. Le pilote de F1 exigeait ni plus ni moins qu'un changement de zone que l'Office fédéral du développement territorial (ARE) déclarait incompatible avec la législation fédérale. En affirmant que la surveillance de cet office fédéral est suffisante et que le droit de recours est superflu, Monsieur Freund se trouve donc en pleine contradiction. Le Conseiller aux Etats Hans Hofmann (UDC) a présenté en même temps que son collègue du Conseil national une initiative qui reprend le texte de son ancienne motion déjà refusée par le Conseil national en automne 2001. Que de débats inutiles se profilent de nouveau à l'horizon!

Un instrument efficace déjà expertisé

En 2000, deux professeurs de droit de l'Université de Genève, Charles-Albert Morand et Thierry Tanquerel ont déjà expertisé le droit de recours des associations. Leurs conclusions étaient très claires: ce droit est constructif et efficace. Les recours des associations environnementales représentent moins de 2% des cas examinés par le Tribunal fédéral et le Conseil fédéral. Leur taux de réussite est de 63%: il est donc 350% plus élevé que celui des autres recourants. Le droit de recours est un instrument efficace au service de la protection de l'environnement, de la nature et du paysage et les associations environnementales attendent avec le plus vif intérêt la mise en vigueur de la Charte de concertation que la Confédération a rédigée pour garantir le fair play dans les négociations.